

Martin Stöhr

Unheiliges Land – Israel und Palästina

Im Nahen Osten ringen zwei Befreiungsbewegungen um die Verwirklichung und Sicherung ihres Selbstbestimmungsrechtes und eines Existenzrechtes als Staaten: Israel und Palästina, wohl wissend, dass kleine Staaten zum Gelingen unterstützende Bundesgenossen benötigen.

Zwei Geschichten – eine Zukunft

Beide haben den völkerrechtlich gültigen Beschluss der UNO vom November 1947 unterschiedlich beantwortet:

1. Israel stimmte ihm zu, weil er die internationale Aufnahme in die Völkergemeinschaft bedeutete, auch wenn viele islamische Staaten widersprachen. Bei manchen israelischen Politikern keimte die Hoffnung auf ein Großisrael. Heute hofft eine Mitte-Rechts-Gruppe, in der innerisraelischen Diskussion um das neue Nationalstaatsgesetz durchzusetzen, dass Israel exklusiv die „Heimstätte des jüdischen Volkes“ ist. Israels Staatspräsident, der Generalstaatsanwalt, die jüdische Knesset-Opposition, das US-amerikanische Judentum lehnen ein solches Gesetz als rassistisch ab, es gefährde die Demokratie und schließe 25 Prozent der nichtjüdischen Bürger*innen Israels aus. Heftig wird derzeit in Israel diskutiert, ob und wie ein Staat jüdisch-pluriform, von ultraorthodox bis atheistisch und zugleich demokratisch-pluriform mit einem breiten Parteienspektrum, von ultranationalistisch bis staatsverneinend, sein könne. Dass Israel bis 1988 von fast keinem arabischen Staat Nachbarn anerkannt war, beendete weder seine Existenz noch eine eindrucksvolle wissenschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Es bleibt jedoch ein innen- und außenpolitisches Gefühl der Bedrohung des jungen Staates, die z. B. im Iran oder in Syrien offen ausgesprochen wird, weswegen Israels Politik auf militärische Stärke baut. Sicherheit rangiert für die jetzige Regierung Israels de facto als Staatsziel vor Gerechtigkeit und Frieden.

2. In ihren Einstellungen zum Staat Israel verweisen islamische Staaten ihrerseits darauf, dass ihre gegenüber dem Westen eigenständig begründeten Vorstellungen von Demokratie und Menschenrechten mit dem Islam vereinbar seien; die westlichen könnten keineswegs universale Geltung beanspruchen. Sie machen darauf aufmerksam, dass der Westen je nach Bündnis- und Wirtschaftsinteressen darüber hinaus oft eine doppelte Moral vertrete. Die Palästinenser hoffen, endlich einen eigenen Staat ohne Fremdbestimmung zu erreichen. 1947 hatte die UNO entschieden, es seien in Palästina zwei Staaten nach dem Abzug der britischen Mandatsmacht zu gründen, ein „jüdischer“ und ein „arabischer“ Staat, so die ethnisch, nicht religiös gemeinten Adjektive der UNO-Entscheidung. In den Mehrheitsgebieten eines jeden Volkes sollten Minderheiten des jeweils anderen Volkes gleichberechtigt leben. Die sogenannte Zwei-Staaten-Lösung wird bis heute mehr beschworen als zu realisieren versucht. Wachsende jüdische Siedlungen im besetzten Westjordanland schaffen gegenläufige Fakten, aber auch Terroraktionen der Hisbollah, die wie die Hamas Israel nicht anerkennen, sondern „ins Meer treiben“ will. Mehrheitlich gibt es auf arabischer Seite, nicht zuletzt gegen eine Vormacht Iran in Konkurrenz mit Saudi-Arabien, eine Bereitschaft, die Realität Israel anzuerkennen. Sie kommt nicht zum Zuge, da keine Einigkeit besteht, wer den ersten Schritt auf den Anderen zu tut und Israel die Grenzfragen noch offenhalten will.

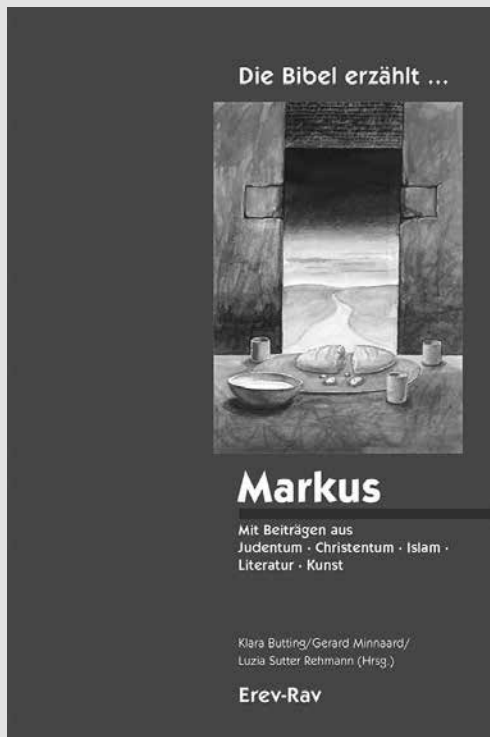
3. Für die weitere Zukunft gibt es allerdings schon genauere Vorstellungen. Im Gründungsauftrag des Staates Israel sind sie mit dem Selbstverständnis des Landes Israel programmatisch verankert: „Hier stand die Wiege des jüdischen Volkes; hier wurde sein geistiges, religiöses und politisches Antlitz geformt ... hier schenkte es der Welt das

Beide haben sie recht und beide sind sie blind, unfähig, die Gegenseite aus der Gegenwart und nicht nur aus der Vergangenheit heraus zu verstehen. (Amos Oz)

Sicherheit rangiert für die jetzige Regierung Israels de facto als Staatsziel vor Gerechtigkeit und Frieden.

„Die Bibel erzählt ...“

Eine Bücherreihe für Menschen, die an einer engagierten, welt-offenen Auslegung der Bibel interessiert sind. In jedem Band dieser Reihe werden ausgewählte Texte eines biblischen Buches ausgelegt. Die Auslegung wird ergänzt durch Interpretationen aus Kunst und Literatur. Darüber hinaus werden Einblicke in die Auslegungsgeschichte geboten, die die biblischen Texte in christlichen und nicht-christlichen Traditionen erfahren haben.



Gerard Minnaard, Klara Butting, Luzia Sutter-Rehmann u. a.

Markus

125 Seiten, 16,00 Euro
ISBN 978-3-932810-39-8

Klara Butting, Rainer Kessler, Jonathan Magonet, Frank Crüsemann u. a.

1. Samuel

125 Seiten, 16,00 Euro
ISBN 978-3-932810-42-8

Klara Butting, Marie-Theres Wacker, Rainer Kessler, Gesa Ederberg u. a.

Ester

104 Seiten, 16,00 Euro
ISBN 978-3-932810-30-5

Klara Butting, Gerard Minnaard, Rainer Kessler (Herausgeber)

2. Samuel

97 Seiten, 16,00 Euro
ISBN 978-3-932810-45-9

Klara Butting, Jürgen Ebach, Magdalene L. Frettlöh u. a.

Hiob

112 Seiten, 16,00 Euro
ISBN 978-3-932810-19-0

unsterbliche Buch der Bücher“. Deswegen „strecken wir allen Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und auf gute Nachbarschaft hin ... zusammenzuarbeiten“, um gemeinsam einen Beitrag zur Entwicklung der Region zu leisten. Diese einzig mögliche Zukunft bestimmt noch nicht die Gegenwart. Eine Erinnerung ist präsent. Der Massenmord an europäischen Juden „bewies erneut und eindeutig die Notwendigkeit, die Frage des heimat- und staatenlosen Volkes durch Wiedererrichtung eines jüdischen Staates im Land Israel zu lösen“, der allen verfolgten Juden Zuflucht gewährt und für alle seine Bewohner auf „den Grundlagen der Freiheit, Gleichheit und des Friedens im Licht der Weissagungen der Propheten gegründet“ ist.

Land im Land der Väter

Andererseits hat die Tatsache großes Gewicht, dass zum ersten Mal seit 2000 Jahren das jüdische Volk wieder einen eigenen Staat im „Land der Väter“ auf dieser Erde als schützendes Gehäuse hat. Juden leben nicht mehr als „Luftmenschen“, als die sie im 19. Jahrhundert verspottet wurden oder sich selbstironisch nannten, denen man keinen irdischen Raum zu geben habe. Hätte es zur Zeit der Shoah einen jüdischen Staat gegeben, wäre das europäische Judentum nicht vernichtet worden, ist oft zu hören. Eine „theologische“ Begründung dieses Anspruchs auf das Land Israel genau an diesem Ort wird nur von einer recht kleinen Minderheit jüdisch- und christlich-zionistischer Fundamentalisten versucht. Oft wird ein heutiger israelischer Besitzanspruch an biblischen Ortsnamen festgemacht. Jüdisches Wohnrecht im Land Israel und in der Diaspora aber sagt nichts über Grenzen. Es geht schlicht um ein Lebensrecht Israels inmitten des Lebensrechtes aller Völker und um einen Anteil an der Erde, die Gott gehört (Psalm 24). Zum Lebensrecht eines jeden Volkes gehört, ein Stück Land zu bewohnen. Armenier und Kurden stimmen dem aus eigener Erfahrung zu. Ein „Heiliges“ Land gibt es nicht, es sei denn, Mose und Jesus, Propheten und Apostel und ihre Anhänger „heiligen“ das Land durch das, was sie im Namen *des Einen Heiligen* tun und verkünden.

Die entscheidende Frage nach dem *Land Israel* taucht am Anfang seiner Geschichte auf: Die Befreiung Israels aus dem „Sklavenhaus“ Ägypten. Wie Ostern für die Christenheit als Beginn einer neuen Schöpfung konstitutiv ist, so ist die irdische

Bestellung beim Erev-Rev Verlag

im Internet: www.woltersburger-muehle.de

per Telefon und Fax: 0581 / 77666

oder per E-Mail: verlag@jungekirche.de

Exoduserfahrung für das jüdische Volk konstitutiv: Den frei gewordenen Sklaven steht auch ein Land zu. Die Landverheißung wird weniger spiritualisiert als das christliche Geschenk eines Neuen Lebens.

Jener nicht einmal viele Nachbarberge überragende Berg Zion markiert die kleinste Fassung der mit Jerusalem, auch im Neuen Testament (Off 21), festgehaltenen Hoffnungen auf ein Stück Land, ein Traum vom Euphrat bis zum „Strom Ägyptens“ (Gen 15,18) die größte. Über Israels Grenzen ist damit nichts ausgesagt, nur so viel, dass Israel auf dieser Erde wohnt. Der in viele Strömungen zersplitterte Zionismus war sich nur in einem einig – eine auf jüdischer Tradition und Partizipation gebaute Struktur sei unerlässlich, um auf Augenhöhe mit den anderen Völkern zu leben. Man will, dass die Fremdbestimmung unter den sogenannten „Wirtsvölkern“ aufhöre und man Herr in einem eigenen wie auch immer beschaffenen Haus sei. Ob ein eigener Staat an der Seite eines arabischen oder eines der möglichen föderalen Modelle, die der Vielzahl ethnischer oder religiöser Gruppen im „Heiligen Land“ Rechnung tragen – mancherlei schien in der Geschichte nach der osmanischen und nach der britischen Fremdherrschaft in Palästina möglich.

Als am 14. Mai 1948 die britische Mandatsmacht abzog, rief für die im Land wohnenden Juden Ben Gurion, dann erster Ministerpräsident, den Staat Israel aus. Die USA und die Sowjetunion gehörten zu den ersten, die mit diplomatischen Beziehungen – auch unter ausdrücklichem Verweis auf den deutschen Massenmord an europäische Juden – den neuen Staat Israel anerkannten. Die arabischen Nachbarn hofften, ihn bald zu beseitigen, aber er behauptete sich. Israels Einwanderungsgesetz bietet allen in der Welt *verfolgten* Juden ein Bürgerrecht an. Die großen jüdischen Gemeinden der USA, Großbritanniens oder Frankreichs machen wegen ihrer größeren Liberalität weniger als erwartet davon Gebrauch. Erfahrungen mit Pogromen, Vertreibungen, Ausgrenzungen und der Shoah zeigen jedoch, wie nötig es ist, in der Völkerwelt mit seinem selbst definierten Selbstverständnis respektiert zu werden, gerade, wenn man anders denkt oder zweifelt, anders singt oder betet als eine Mehrheitsgesellschaft.

Das Land Palästina war seit 155 n. Chr. der Name des Gebietes zwischen den Großmächten Ägypten und Syrien sowie Rom und den Nachfolgestaaten Babylons, ein Name, den ihm die Römer

gegeben hatten, um nach den jüdischen Aufständen im Jahr 70 n. Chr. nicht nur viele jüdische Bewohner des Gebietes zu vertreiben, sondern auch mit neuen Namen jüdische Erinnerungen und Beheimatungen auszulöschen. Jerusalem hieß jetzt Aelia Capitolina und Judäa eben Palästina, es war auch ein Versuch, ein Land judenfrei zu machen. Bis 1948 stand in den Pässen jüdischer, muslimischer, christlicher oder drusischer Bewohner ganz Palästinas als Staatsangehörigkeit „palestinian“. Eine wichtige Erinnerung daran, dass die Region multikulturell und multinational ist, fern jeder Mononationalität oder Monokultur, die mit Alleinvertretungsansprüchen Gewalt säen.

Der Protest gegen Herrschaftsansprüche drückt sich in den im 19. Jahrhundert entstehenden Befreiungsbewegungen aus, z. B. der vielen Völker im Habsburger Reich oder ähnlich in Afrika und Asien. Keine Befreiungsbewegung erreichte bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts ihre Ziele vollständig und keine ist dagegen gefeit, autoritär zu werden. Weder der Zionismus noch der ANC Südafrikas oder Gandhis Gewaltfreiheit in Indien.

Konsequenzen

Diese Erinnerungen führen zu einer doppelten christlichen Verantwortung. Die erste EKD-Denkschrift „Christen und Juden“ fordert 1975, den „Kontakt zu den arabischen Christen zu verstärken, die durch den Konflikt in eine besonders schwierige Lage gebracht worden sind.“ Die dritte Denkschrift (2000) weitet die Verantwortung auf die „Rechte und Pflichten der Palästinenser und aller dort lebenden Menschen“ aus. Unzutreffend ist jene Haltung, die jede interreligiöse, christlich-jüdische Arbeit als PR-Arbeit für Israels Regierung versteht. Der Staat Israel entstand nicht ohne seine Vorgeschichte der christlichen und nichtchristlichen Judenverachtung.

Ein Blick auf die Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit (CJZ) zeigt kein einheitliches Bild. Wie in der ganzen deutschen Gesellschaft wird der Konflikt zwischen Israel und Palästina ängstlich beschwiegen und als zu politisch nicht angepackt. Wenn man sich mit schon mit Israel und Palästina, erst recht wenn man sich der Landfrage befasst, zieht man manchmal aus dem Problemknäuel nur einen religiösen Faden mit dem Ergebnis, dass man mit „ein Land – zwei Völker“ eindimensional, damit unergiebig, umgeht. Oder man überlässt die Landfrage arbeitsteilig an-

Jüdisches Wohnrecht im Land Israel und in der Diaspora aber sagt nichts über Grenzen. Es geht schlicht um ein Lebensrecht Israels inmitten des Lebensrechtes aller Völker.

Keine Befreiungsbewegung erreichte bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts ihre Ziele vollständig und keine ist dagegen gefeit, autoritär zu werden. Weder der Zionismus noch der ANC Südafrikas oder Gandhis Gewaltfreiheit in Indien.

deren Organisationen. Festgefahrene Fronten trennen hierzulande die Bundesgenossen Palästinas von denen Israels. Dazu gehört eine Wahrnehmung Palästinas als *underdog*, dem Christen beizustehen haben, weil sie „immer auf der Seite der Schwachen“ stehen, so eine honorig klingende eigene Platzanweisung. Israels Freunde benutzen dieselbe Denkfigur – nur umgekehrt. Leider verstärkt dergleichen Denken die Mehrheitsgruppe der Gleichgültigen oder derer, die vor der Komplexität der Probleme kapitulieren. Ihnen reichen als

Abwehrhaltung zwei Sätze: Als Deutsche dürfe man Israel nicht kritisieren oder man wolle sich nicht einem schnell geschossenen Antisemitismusvorwurf aussetzen.

(Eine Langfassung dieses Textes finden Sie in "Pro Ökumene Informationsdienst", Stuttgart Heft 2/2018.)

Martin Stöhr

Emeritierter Professor an der Universität-Gesamthochschule Siegen für Ökumene und interreligiösen Dialog.

Shir Hever

Ich will in gerechtem Frieden leben

Shir Hever, israelischer Wirtschaftswissenschaftler und Journalist, promovierte an der Freien Universität Berlin und lebt seit acht Jahren in Deutschland. Er engagiert sich in Publikationen und Vorträgen für Menschenrechte der Palästinenser und Palästinenserinnen in den besetzten Gebieten und für das Ende der Besatzung. Klara Butting sprach mit ihm über Antisemitismus in der politischen Diskussion über den Israel-Palästina-Konflikt in Deutschland.

*Lieber Shir, ist dir wegen deiner Parteinahme für die Palästinenser*innen und deiner Unterstützung der BDS-Kampagne schon mal Antisemitismus vorgeworfen worden?*

Manchmal habe ich den Vorwurf gehört: „Du bist ein selbthassender Jude“. Das empfinde ich als einen antisemitischen Vorwurf, weil er von einem antisemitischen Bild von Juden ausgeht. Juden sind irgendwie krank, mit zu viel Moralität, und deswegen hassen sie sich selbst. Ich bin in vielen Ländern unterwegs. Ich habe schon Vorträge in fast jedem Land Europas gehalten, auch in Nordamerika und in Asien. Mit dem Vorwurf des Selbsthasses wird man immer wieder konfrontiert, wenn man als Jude für Menschenrechte kämpft. Aber Deutschland ist das einzige Land, wo es Organisationen gibt, die denken, das Recht zu haben, zu beurteilen, ob Juden Antisemiten sind oder nicht. Zum Bei-

spiel hat die Bank für Sozialwirtschaft in Berlin das Konto der Organisation „Jüdische Stimme für Frieden in Nahost“ mit der Begründung gekündigt, die „jüdische Stimme für Frieden in Nahost“ sei antisemitisch, weil sie sich für die BDS Kampagne stark macht. Auch wenn die Bank angesichts des Skandals und der Proteste, die ihre Entscheidung ausgelöst hat, das Konto im letzten Jahr wieder eröffnet hat, bleibt der Vorgang für mich ein Merkmal für die Diskussion und Arroganz in Deutschland: eine nichtjüdische Bank entscheidet, welche Juden antisemitisch sind und welche nicht.

Weil der Antisemitismusvorwurf in der politischen Diskussion um den Konflikt in Israel-Palästina eine so große Rolle spielt, hat die evangelische Kirche versucht, in einer Broschüre zum Thema Antisemitismus legitime Kritik an Israels Politik und antisemitische Ressenti-

Die Unterscheidung zwischen legitimer Kritik und Antisemitismus unterstellt, dass Kritik am Staat Israel Teil einer antisemitischen Bewegung ist. Das kann ich nicht akzeptieren.